



**Brot**  
für die Welt

**misereor**  
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

**Diakonie**   
Katastrophenhilfe

Bundesminister der Finanzen  
und Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Herrn Lars Klingbeil  
Bundesministerium der Finanzen  
11016 Berlin

Berlin, 13.04.2026

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Lage appellieren wir an Sie als Bundesfinanzminister, alle Spielräume zu prüfen, um den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und den Titel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Etat des Auswärtigen Amtes anzuheben. Gerne würden wir mit Ihnen einen Gesprächstermin vereinbaren, um uns zeitnah ausführlicher zu diesen Themen auszutauschen.

Zunächst richten wir an Sie und Ihre Partei einen großen Dank, dass Sie bei den Koalitionsverhandlungen maßgeblich zum Erhalt des BMZ beigetragen haben. Besonders hervorheben möchten wir außerdem, dass sich die Sozialdemokratie stets für eine starke Entwicklungspolitik einsetzt, diese im Sinne Willy Brandts als „Weltinnenpolitik“ begreift und als Strukturpolitik gestaltet. Sie haben diese Wurzeln immer wieder betont, etwa in Ihrer Rede „Nord-Süd - Neu denken“ sowie auf der Hamburg Sustainability Conference vergangenes Jahr.

Selbstverständlich sehen wir die haushälterischen Sachzwänge, die die Abstimmung zum Eckwertebeschluss des Bundeshaushalts 2027 begleiten. Gleichzeitig ist die aktuelle internationale Lage geprägt von einer zunehmenden Anzahl von Krisen, Konflikten und klimabedingten Katastrophen. Gerade jetzt ist es aus unserer Sicht entscheidend, dass Deutschland einer regelbasierten internationalen Ordnung, die sich an den globalen Nachhaltigkeitszielen orientiert und die universellen Menschenrechte schützt, politischen Rückhalt verleiht. Eine angemessene Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ist hierfür unabdinglich.

Demgegenüber schwächen die anhaltenden Kürzungen in diesen Bereichen Deutschlands Fähigkeit, einerseits resiliente Strukturen sowie verlässliche und strategische Partnerschaften aufzubauen und darüber hinaus auch auf internationale Krisen zu reagieren. Noch im Jahr 2023 konnte die damalige Bundesregierung kurzfristig

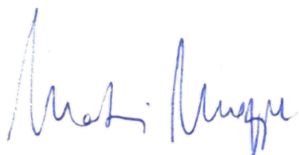
erhebliche Finanzmittel einsetzen, um die durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöste internationale Ernährungskrise abzumildern. Aktuell zeichnet sich durch den Angriff auf den Iran eine Versorgungskrise bei Energie und Düngemitteln ab, die Ernährungssysteme erschüttern wird. Schon jetzt werden massive Stabilitätsrisiken, insbesondere in Asien sichtbar, wie die FES in Ihrem Auslandsbriefing "Krieg am Golf – Krise in Asien" im März dokumentiert hat.

Ausgehend vom Koalitionsvertrag muss klar festgehalten werden: Die drastischen Kürzungen in der humanitären Hilfe unterlaufen den Anspruch, eine „auskömmliche“ Finanzierung sicherzustellen. In unserer Arbeit sehen wir, wie Unterfinanzierung in akuten Krisen Menschen ihre Lebensgrundlagen entzieht, ihre Verwundbarkeit erhöht und letztlich zu mehr Instabilität führt. Wir begrüßen daher, dass die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem kürzlich veröffentlichten Positionspapier ihren Einsatz für eine bedarfsorientierte humanitäre Hilfe bekräftigt.

Ebenfalls nehmen wir wahr, dass das BMZ auf den wachsenden Erwartungsdruck reagiert und einen Reformplan vorgelegt hat. Andererseits schwächt Deutschland mit deutlichen Einsparungen im Etat des BMZ seine Fähigkeit, strategische Partnerschaften zu fördern und Strukturen aufzubauen, die für Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung, die sozial-ökologische Transformation und resiliente demokratische Institutionen essenziell sind. Hierfür sind strategisch vorausschauende Maßnahmen und verlässliche Planbarkeit essenziell.


Daher sehen wir mit Sorge, dass laut mittelfristiger Finanzplanung der Etat des BMZ 2027 auf das Niveau von 2018 zurückfallen soll, während der Gesamthaushalt im gleichen Zeitraum um 48 % wachsen wird. Bereits 2025 wurde die humanitäre Hilfe drastisch auf das Niveau von 2017 reduziert. Beide Bereiche stellen einen so geringen Anteil am Bundeshaushalt dar, dass die Kürzungen wenig zur Konsolidierung des Haushalts beitragen. Gleichzeitig sind sie ein schwerer Schlag für Millionen von Menschen weltweit und stellen das sozialdemokratische Leitbild internationaler Solidarität in Frage.

Mit freundlichen Grüßen



Mathias Mogge

Generalsekretär und  
Vorstandsvorsitzender  
Welthungerhilfe



Dr. Dagmar Pruin

Präsidentin  
Brot für die Welt und  
Diakonie Katastrophenhilfe



Dr. Andreas Frick

Hauptgeschäftsführer  
Misereor